

## Politik aus der Sicht der SVP

**Referent:** Toni Brunner, Präsident SVP Schweiz

Der Staatsratskandidat Franz Ruppen begrüsst die Mitglieder und deren Frauen des Lions- und des Rotary-Clubs Brig und stellt den Referenten vor. Ziemlich genau vor einem Jahr sei er vom aktuellen Programm-Chef des RC Brig angefragt worden, ob der Präsident der SVP Schweiz für ein Referat im Oberwallis zu gewinnen sei. Dieser habe erfreut spontan zugesagt. Toni Brunner ist am 23. August 1973 geboren, hat eine Ausbildung zum Landwirt absolviert und ist 1995 als eines der jüngsten Mitglieder in den Nationalrat gewählt worden. Toni Brunner ist Präsident der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie und Mitglied der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates. Von 2000 – 2008 war er Vizepräsident der SVP Schweiz und seit 2008 deren Präsident. Die Hobbies von Toni Brunner sind Fussball, Skifahren, Lesen und Geselligkeit.

Toni Brunner bedankt sich für die Einladung. Er habe diese als Toggenburger, Landwirt und kleiner Bergbauer mit Freude angenommen und habe die Reise in einen für ihn doch entfernten Teil der Schweiz gerne angenommen.

Während das Wallis das Tal der Königinnen sei, sei das Toggenburg das Tal der Könige. Im Wallis würden die Kühe in den Ring steigen, im Toggenburg seien dies die starken Männer. Als Beispiele erwähnt er Simon Ammann oder Jörg Abderhalden.

Toni Brunner ist in Ebnat-Kappel auf 1050 Meter über Meer geboren. Er geniesse dort ein fantastisches Panorama unter anderem mit Sicht auf den Säntis, den Chäserrugg und den 7 Churfürsten. Früher habe er immer gemeint, in den 7 Churfürsten den 7 köpfigen Bundesrat zu erkennen. Seit die SVP im letzten Jahr eine 7-köpfige Geschäftsleitung ernannt habe, erkenne er in den 7 Churfürsten die Geschäftsleitung der SVP. Bis Anfang der 80er Jahre hätten in Ebnat-Kappel noch Weltcup-Skirennen stattgefunden. Namen wie Heini Hemmi, Walter Tresch und Christian Lüscher hätten dort gross aufgetrumpft. Aufgrund des Schneemangels sei der Skilift später abgebrochen und nach Südamerika verkauft worden. Den Umweltschützern, welche die Auerhühner im Skigebiet schützen wollten, sei dies gelegen gewesen. Dieselben Leute hätten dann in diesem Gebiet später die Luchsaussetzung befürwortet und seien nun erstaunt und unglücklich darüber, dass der Luchs die geschützten Auerhühner auffressen würde...

Mit 16 Jahren sei er von zu Hause ausgezogen, ins ferne Thurgau, um die Ausbildung zum Landwirt anzutreten. Dort habe er die SVP kennengelernt. Eigentlich sei er von Haus aus ein FDPLer, so wie fast alle Reformierten im Toggenburg damals. Die Katholiken hätten der CVP angehört und ein paar Verirrte seien in der SP gewesen. Heute sei das nun etwas anders. Geändert habe sich die Situation in den frühen 90er Jahren, als die glühenden Diskussionen um GATT-, EWR-, und EG-Beitritt stattgefunden hätten. Er selber sei damals SVP-Gründungsmitglied im Kanton St. Gallen

gewesen. Die SVP sei die Nachfolgepartei der BGB (Bauern-, Gewerbe- und Bürger-Partei, gegründet durch Rüedu Minger) geworden. Und noch heute seien 3/5 der Mitglieder Angestellte, Bauern und Arbeiter. Die SVP sei zudem die Partei des Mittelstandes. Lange sei die SVP lediglich die viertstärkste Partei in der Schweiz gewesen. Im Kanton Bern könne die SVP mittlerweile auf eine 90-jährige Tradition zurückblicken. Weiter habe es eine SVP im Kanton Zürich und im Mittelland gegeben. In katholischen Regionen sei die SVP allerdings inexistent gewesen.

Zur Europafrage hätte selbst BR Adolf Ogi in den 90er Jahren gesagt, der EWR sei das Trainingslager für einen späteren Beitritt zur EU. In der Folge sei dann eine harte Diskussion zwischen Integration (EU-Beitritt) und Kooperation (Bilateralismus) entstanden. Alle Parteien mit Ausnahme der SVP sei für den Beitritt zum EWR gewesen. Die SVP habe die Marktlücke der schweizerischen Eigenständigkeit anschliessend besetzen können, etwa in den Abstimmungen zum UNO-Beitritt oder eben auch zur Ausdehnung der Personenfreizügigkeit. Die Annahme des Schengen-Dublin-Abkommens durch den Souverän hätte weit reichende Folgen. So habe zum Beispiel der 78. Erlass eine Anpassung des eidgenössischen Rechts an das EU-Recht zur Folge, weil die Frist für die Ausschaffung von 24 auf 18 Monate verkürzt werden müsse.

Die Fragen zur nationalen Selbstbestimmung habe die SVP in den letzten Jahren stets stärker gemacht. Die Schweiz werde im Ausland um das System der direkten Demokratie benüchelt. Ein Schweizer Bürger könne beispielsweise innerhalb eines Jahres an mehr Abstimmungen teilnehmen als ein Engländer während seines gesamten Lebens. Die Volksrechte würden eben in der Schweiz sehr hoch gehalten. Im Gegensatz zum zentralistisch organisierten Frankreich sei ein Defilee mit der gesamten Armee am ersten August in Bern undenkbar. Schweizer Bürger würden in ihrer Gemeinde feiern. Was in der Gemeinde erledigt werden könne, würde auch dort erledigt. Es werde grossen Wert auf die Verteilung der Macht auf mehrere Köpfe und Parteien gelegt. Der 7-köpfige Bundesrat und die jährliche Rotation des Bundespräsidiums seien nur zwei Beispiele dazu. Und sei dann einmal ein starker Mann im Bundesrat vertreten, werde dieser bei der nächsten Gelegenheit wieder abgewählt...

Die SVP sei heute eine typische Volkspartei mit zirka 90'000 Mitgliedern. Sie sei in allen Kantonen präsent und vielleicht auch bald in der Walliser Regierung vertreten. Der Mittelstand beinhalte gemäss SVP-Verständnis Bürger, welche ihr Leben selbst meistern würden. Menschen, welche am Morgen aufstehen würden, sich zur Arbeit begeben würden und fähig seien, ihre Familien durchzubringen. Die Politik müsse Anreize schaffen, dass diese Leute nicht bestraft würden. Als Beispiel sei hier die Ungerechtigkeit des Eigenmietwertes erwähnenswert. Das Geld müsse dort belassen werden, wo es verdient würde. Auch Ersparnis sei nicht verloren und komme früher oder später wieder in Umlauf. Die einfachste Massnahme, wie dieses Ziel erreicht werden könne, seien Steuerentlastungen. Die nächste grössere Herausforderung für die SVP sei deshalb der Kampf gegen die geplante Mehrwertsteuererhöhung.

Man müsse sich auch immer wieder die Frage stellen, was denn die Aufgaben des Staates seien und ob ein weiterer Ausbau der Verwaltung notwendig sei. Vor einigen Jahren habe sich das Parlament zum Ziel gesetzt, 20% des Bundeshaushaltes einzusparen. In der Zeit der Hochkonjunktur sei diese Zielvorgabe nun wieder verwässert. Zu den kommenden grösseren Herausforderungen zähle die Sicherung der Sozialwerke AHV, IV (aktuell zirka 13 Mia. Schulden) und Arbeitslosenversicherung und die Lösung der Probleme im Zusammenhang mit der Migration. Letztere bringe andere Kulturen, andere Familienwerte, grössere Familien und damit auch einen stärkeren Zuwachs dieser Kulturen mit sich. Dieses Phänomen sei schon heute in den Schulen zu erkennen. Sobald alle Übergangsfristen der erweiterten Personenfreizügigkeit abgelaufen seien, könne die Einwanderung kaum mehr kontrolliert werden. Man müsse sich deshalb überlegen, ob unsere Sozialwerke nicht entsprechend angepasst werden müssten, zum Beispiel indem Arbeiter länger als heute im Arbeitsprozess sein müssten, bis sie berechtigt wären, in den Genuss von Sozialbezügen zu kommen. Die SVP spreche bewusst unangenehme Themen an. Als Beispiel sei die Ausschaffungsinitiative aufzuführen. Die SVP sei bestrebt, die hiesig geltenden Regeln durchzusetzen und das schweizerische Recht anzuwenden. Es könne doch nicht sein, dass ein Professor einer Schweizer Universität vorschlagen würde, ausländisches Recht in der Schweiz zuzulassen. Konsequenterweise müsste man dann auch bereit sein, beispielsweise Steinigungen auf dem Bundesplatz zu akzeptieren. Leute, welche in der Schweiz chrapfen würden, sollten es auch zu etwas bringen können. Es sei seine Absicht gewesen, mit diesem Referat den Hintergrund der Politik der SVP auszuleuchten. Und er hoffe, er habe vermitteln können, dass diese Partei nicht so schlimm sei, wie dies das Staatsfernsehen immer wieder darstelle.

Im Anschluss an dieses Referat beantwortet Toni Brunner Fragen aus der Zuhörerschaft:

- Frage: Ob Toni Brunner erleichtert über das Abstimmungsresultat (Annahme der Ausdehnung der Personenfreizügigkeit) sei.
- Antwort: Das sei nicht der Fall. Anfänglich sei der Meinung im Parlament gewesen, über die Weiterführung der Freizügigkeit mit den bisherigen EU-Staaten und über die Ausdehnung dieser Freizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien separat abzustimmen zu lassen. Später seien dann die beiden Fragen zu einem Päckli geschnürt worden. Und vor der Abstimmung sei dann bedauerlicherweise zunehmend eine generelle Diskussion über den Bilateralismus geführt worden.
- Frage: Wie es um das Verständnis der innerparteilichen Demokratie stehe. Der Ausschluss einer Kantonalpartei sei doch keine demokratische Handlung gewesen.

Antwort: Man habe eigentlich lediglich Frau Widmer-Schlumpf aus der SVP Schweiz ausschliessen wollen, da sie der gegnerischen Mannschaft beim Torschuss ins SVP-Tor behilflich gewesen sei. Die Statuten hätten leider keinen Spielraum zugelassen, als den Ausschluss der Bündner SVP Kantonalpartei. Er erachte es als legitim, wenn die SVP den Anspruch erhebe, dass sie einen Vertreter im Bundesrat hätten, welcher das Gedankengut des Gros der Partei vertreten würde.

Frage: Im Rückblick müsse man zugeben, dass die Ablehnung des Beitritts zum EWR die Dummheit des Jahrhunderts gewesen sei. Ob die SVP heute denn noch gleich entscheiden würde.

Antwort: Mit dem Beitritt zum EWR wäre die Schweiz ein Satellit geworden, der nicht hätte mitreden könne. Deshalb sei auch aus heutiger Sicht der Weg über bilaterale Verträge, dies seien Verträge zwischen zwei Partnern, sinnvoller. Verträge sollten jedoch von beiden Seiten angeschaut, beurteilt und abgeändert werden können. Die Ablehnung des EWR sei kein Fehler gewesen. Immerhin sei es der Schweiz seit diesem Entscheid nicht schlecht gegangen.

Frage: Was denn der nächste grössere Kampf der SVP sei.

Antwort: Die Bekämpfung der Vorlage zur Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes. Bevor man zusätzliches Geld in die IV einschiesse, solle die IV durch die 6. Revision strukturell bereinigt werden.

Frage: Wie es Toni Brunner schaffe, seinen Bauernbetrieb neben der politischen Arbeit zu führen.

Antwort: Bei seinem Bauernhof handle es sich um einen 16 Hektaren Gründlandbetrieb. Er selber sei als Nationalrat rund 100 Tage im Jahr in Bern, während denen ihn sein pensionierter Vater auf dem Betrieb vertreten würde. Ansonsten versuche er, jeden Tag im Stall zu sein. Um fünf Uhr morgens im Radio beispielsweise BR Couchepin zuzuhören und die Politik für einen Augenblick anderen zu überlassen, geniesse er ausserordentlich.

Frage: Der nächste grössere Hosenlupf finde doch parteiintern statt. Wie er denn gedenke, den Wirtschaftsflügel der Partei (Spuhler, Giezendanner) zu integrieren.

Antwort: Die Existenz unterschiedlicher Meinungen in der SVP habe Tradition, gerade wenn man bedenke, aus welcher unterschiedlichen Gruppierungen sich die heutige SVP zusammensetze. Er selber habe jeweils nach dem Motto gehandelt, sich persönlich zurückzunehmen, wenn er realisiert habe, dass er in bestimmten Fragen in der Minderheit sei. Heute würden allerdings die Exponenten solcher

Minderheitsmeinungen von den politischen Gegnern aufgegriffen, mit dem Ziel, diese als auslösende Keime parteiinterner Spannungen zu instrumentalisieren. Mit Blick auf das Abstimmungsresultat zur Ausdehnung der Personenfreizügigkeit sei zudem zu bedenken, dass auch die 40% Neinstimmenden vertreten sein müssten.

Frage: Ob ein Nein zur Ausdehnung der Personenfreizügigkeit nicht zu einer unrechtmässigen Diskriminierung gewisser Staaten geführt hätte.

Antwort: Dann hätte der Bundesrat nie versprechen dürfen, dass über eine weitere Ausdehnung der Personenfreizügigkeit jeweils abgestimmt werden dürfe. Die EU-Erweiterung werde weitergehen, als nächstes mit den Balkan-Staaten. In der Schweiz gebe es von Leuten aus dem Balkan im Unterschied zu Rumänien und Bulgarien bereits gute soziale Netze. Und man wisse, dass bei der Migration neben der Frage der Sprache eben die Existenz solcher sozialen Netze ausschlaggebend seien.

Toni Brunner beendet seinen Auftritt mit der Bitte an das Publikum, sich weitere kritische Fragen für den Besuch von NR und CVP-Präsident Christophe Darbelley in 2 Wochen aufzusparen.

Bei vorzüglichem Speis und Trank bot sich anschliessend Gelegenheit, zusammen mit den Freunden des Lions-Club, angeregt zu diskutieren.

Naters, 11.2.09  
Rot. Urs Geissbühler